

## Fragen zur Zukunft der öffentlichen Universitäten an die wahlwerbenden Parteien, Bewegungen und Listen im österreichischen Nationalratswahlkampf 2024

### 1 Funktionen und Aufgaben der öffentlichen Universitäten

---

#### 1a-h)

Die Rolle der öffentlichen Universitäten als Orte des freien Denkens und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ist unersetzlich. Sie schaffen Räume für den kritischen Diskurs und sind maßgeblich daran beteiligt, dass demokratische Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit vermittelt und gelebt werden. Dies ist eine tragende Säule unserer Gesellschaften und muss nicht nur erhalten, sondern weiter ausgebaut werden. Insbesondere der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für alle sozialen Schichten sichert langfristig die Chancengleichheit und soziale Mobilität – ein zentraler Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft.

Es ist jedoch von essenzieller Bedeutung, dass die Wissenschaft ihre Unabhängigkeit bewahrt und sich nicht am gesellschaftlichen oder politischen Mainstream orientiert. Öffentliche Universitäten müssen Orte der intellektuellen Vielfalt bleiben, an denen kontroverse und unpopuläre Meinungen ebenso Raum finden wie etablierte Ansichten. Die Stärke der Universitäten liegt in der Förderung von Innovationen und neuen Denkansätzen, die sich nicht durch die bloße Anpassung an den Zeitgeist definieren.

Die zunehmende Trennung von Forschung und Lehre an öffentlichen Universitäten gefährdet das Erfolgsmodell der forschungsgeleiteten Lehre, das über Jahrzehnte die Grundlage der akademischen Ausbildung bildete. Diese enge Verbindung sorgt dafür, dass Studierende direkt von den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen profitieren, während Forschende durch den Kontakt mit der nächsten Generation neue Impulse erhalten. Wird diese Verbindung gelockert, leidet die Qualität der Lehre, und das Risiko eines sinkenden Bildungsniveaus steigt. Die Tendenz zur Verschulung, bei der praxisorientierte Ausbildung und standardisierte Inhalte dominieren, gefährdet das breite akademische und intellektuelle Angebot der Universitäten.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss die forschungsgeleitete Lehre wieder gestärkt und der Fokus von der reinen Berufsausbildung weggeführt werden. Ein integrativer Ansatz, der Forschung und Lehre miteinander verknüpft, ist essenziell, um die Qualität der Hochschulbildung langfristig zu sichern. Eine Rückkehr zum durchgehenden Vollstudium ohne die strikte Trennung von Bachelor und Master könnte dabei helfen, tiefere Wissensvermittlung und akademische Exzellenz zu fördern.

### 2 Stellenwert der öffentlichen Universitäten

---

#### 2 a-d)

Die Entscheidung, die öffentlichen Universitäten zugunsten der Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen zu verkleinern, bedarf einer differenzierten Betrachtung. Eine Neustrukturierung des tertiären Bildungssektors ist durchaus sinnvoll, insbesondere wenn sie den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Wissenschaftslandschaft gerecht wird. Der Ausbau des Fachhochschulsektors ist ein logischer Schritt, da er eine praxisorientierte Ausbildung bietet und zur Entlastung der Universitäten beiträgt. Diese Entlastung ermöglicht es den Universitäten, sich verstärkt auf ihre Kernkompetenzen in der Forschung und der forschungsgeleiteten Lehre zu konzentrieren.

Fachhochschulen können zudem eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Regionen spielen, indem sie auf die spezifischen Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft und Gesellschaft eingehen. Es ist jedoch entscheidend, dass Universitäten weiterhin ihre zentrale Rolle in der Grundlagenforschung und im wissenschaftlichen Diskurs behalten. Der Ausbau der Fachhochschulen darf nicht zu einer Schwächung der universitären Bildungsangebote führen, und es sollte darauf geachtet werden, dass nicht jedes Fach an jeder Universität angeboten wird, sondern dass Stärken gezielt gefördert werden, um ein hohes akademisches Niveau zu sichern.

Der Kurswechsel, der die Hochschulpolitik der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik (FTI-Politik) unterordnet, sehen wir als problematisch an. Die Rolle der Universitäten geht über die reine Forschung hinaus und umfasst auch die Bildung der nächsten Generation und die Förderung von gesellschaftlichem Fortschritt. Indem die Hochschulpolitik der FTI-Politik untergeordnet wird, besteht die Gefahr, dass zentrale Aufgaben der Universitäten, wie die Vermittlung von Bildung, Aufklärung und die Förderung des Allgemeinwohls, vernachlässigt werden. Diese Verschiebung kann langfristig das System der Hochschulen schwächen, da die universitäre Autonomie in der Gestaltung von Lehre und Forschung beeinträchtigt wird. Die Universitäten tragen als Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik wesentlich zur Qualitätssicherung von Entscheidungen bei. Wenn diese Funktionen eingeschränkt werden, leidet nicht nur die Lehre, sondern auch die Innovationskraft des Landes.

Anstatt eine Unterordnung vorzunehmen, wäre eine engere Verzahnung der Hochschulpolitik mit der FTI-Politik anzustreben, die auf gegenseitigem Austausch und Feedback basiert. So könnten sowohl die Wissenschaft als auch die Wirtschaft voneinander profitieren, ohne die spezifischen Aufgaben und Ziele der Hochschulen aus den Augen zu verlieren.

Die Umstrukturierung der Hochschullandschaft birgt zudem das Risiko, dass die Universitäten in ihrem gesellschaftlichen Auftrag beschnitten werden. Die öffentliche Wissenschaftslandschaft hat den Auftrag, demokratische und wissenschaftliche Werte zu fördern. Wenn Universitäten vermehrt auf rein wirtschaftliche Ziele ausgerichtet werden, schwindet ihre Rolle als Vermittler zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen. Dies könnte langfristig die Qualität der Bildung und den wissenschaftlichen Diskurs negativ beeinflussen, da die Verpflichtung zum Allgemeinwohl und die breite Erfüllung des öffentlichen Auftrags untergraben werden.

Es ist daher von größter Bedeutung, dass die Universitäten ihre gesellschaftlichen Aufgaben und ihre Rolle als Orte des kritischen Denkens und der Innovationsförderung beibehalten. Eine Rückkehr zu einer forschungsgeleiteten Lehre und einer Stärkung des Vollstudiums könnte dabei helfen, das akademische Niveau zu sichern und den langfristigen gesellschaftlichen Nutzen der Universitäten zu erhalten.

### **3 Leistungsmessung und Rankings**

---

#### **3 a-e)**

Die internationalen Universitätsrankings, wie das THE-, QS- und Shanghai-Ranking, betrachten wir äußerst kritisch, da sie überwiegend auf angloamerikanischen Kriterien basieren, die nicht dem europäischen Modell öffentlicher Universitäten entsprechen. Diese Rankings fördern primär quantifizierbare Forschungsleistungen, die sich auf Publikationen und Zitationen konzentrieren, und belohnen dadurch eine Forschung, die sich an Trends und inkrementellen Fortschritten orientiert. Dies führt dazu, dass innovative, risikoreiche Projekte benachteiligt werden, da sie oft nicht in das enge Bewertungsschema dieser Rankings passen. Das europäische Modell der Universitäten hingegen basiert auf einer ganzheitlicheren Betrachtung, bei der neben der Forschung auch Lehre, interdisziplinäre Zusammenarbeit und der Beitrag zur Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Daher sehen wir es als problematisch an, Universitäten organisatorisch so anzupassen, dass sie

besser in diesen Rankings abschneiden. Solche Anpassungen könnten langfristig das europäische Universitätsmodell schwächen, indem sie den Fokus auf kurzfristige und quantifizierbare Ergebnisse lenken und die grundlegende Aufgabe der Universitäten, die breite Bildung und Forschung im gesellschaftlichen Kontext zu fördern, vernachlässigen.

Die derzeitige Tendenz in der österreichischen Universitätslandschaft, sich stärker an internationalen Rankings zu orientieren, ist aus unserer Sicht hoch problematisch. Diese Rankings ignorieren oft die Qualität der Lehre, die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses und das öffentliche Engagement, die zentrale Bestandteile des europäischen Universitätsmodells sind. Zudem benachteiligen die Rankings systematisch geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen, die durch ihre spezifische Forschungstätigkeit und geringere Zitationsraten weniger prominent vertreten sind als naturwissenschaftliche Fächer. Dies kann dazu führen, dass Universitäten bestimmte Disziplinen zugunsten anderer gezielt verkleinern, um im Ranking besser abzuschneiden. Eine solche Entwicklung gefährdet die Vielfalt und Breite der universitären Bildungs- und Forschungslandschaft, die für Österreichs Innovationskraft von entscheidender Bedeutung ist. Anstatt sich auf wenige spezialisierte Forschungsfelder zu konzentrieren, ist es notwendig, eine breite Forschungsbasis zu erhalten, die interdisziplinäre Zusammenarbeit und komplexe Problemlösungen fördert. Gerade in einer Welt, die von zunehmend komplexen Herausforderungen geprägt ist, ist die Fähigkeit, auf verschiedene Wissensgebiete zurückzugreifen und interdisziplinäre Teams zu bilden, entscheidend für den wissenschaftlichen Fortschritt.

Die Abhängigkeit von Rankingplatzierungen im internationalen Vergleich kann zu einem gefährlichen Rückbau komplexer Infrastrukturen führen, die notwendig sind, um zukünftige wissenschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen sind zwar sinnvoll, jedoch nur im Kontext eines breit gefächerten universitären Systems, das Flexibilität und Kreativität fördert. Der Rückgang breiter, interdisziplinärer Forschungsansätze kann zu langfristigen Schäden führen, da viele dieser Bereiche nicht ohne weiteres wieder aufgebaut werden können, wenn der Bedarf erkannt wird.

Wissenschaftliche Exzellenz benötigt stabile, vielseitige Strukturen, die sowohl Innovation als auch die Bewahrung von Wissen ermöglichen.

Daher unterstützen wir den Ansatz, den aktuellen Trend zur übermäßigen Spezialisierung durch eine komplementäre forschungs- und innovationspolitische Strategie zu ergänzen, die die gesamte Breite des Wissens fördert und die Bedeutung von interdisziplinären Infrastrukturen betont.

Zusammenfassend plädieren wir für eine Reform der Leistungsbewertung, die qualitative und breitere Bewertungsmethoden wie die Berücksichtigung der Lehre, der Nachwuchsbetreuung und des gesellschaftlichen Engagements einbezieht, anstatt sich ausschließlich auf internationale Rankings zu verlassen. Diese sollten höchstens als Indikator verwendet werden und nicht als ausschließlicher Maßstab für die Qualität von Universitäten dienen. Es ist wichtig, das europäische Modell der Universität zu bewahren, das sich durch eine enge Verflechtung von Forschung, Lehre und Gesellschaft auszeichnet.

## **4 Personalpolitik**

---

### **4 a-f)**

Unsere Position zur universitären Finanzierung basiert auf dem Prinzip von Klarheit und Transparenz. Das derzeitige Modell der „Universitätsfinanzierung neu“ war ursprünglich nur als Übergangslösung konzipiert, wurde jedoch von der ÖVP schlecht umgesetzt und nicht weiterentwickelt. Eine solide Finanzierung muss sich an langfristigen Zielen orientieren und sowohl Forschung als auch Lehre angemessen fördern.

Unser Finanzierungsmodell sieht folgendermaßen aus:

1. Sockelbetrag für Infrastruktur: Dieser richtet sich nach dem österreichischen Hochschulplan und stellt sicher, dass die grundlegenden infrastrukturellen Bedürfnisse der Universitäten gedeckt sind.
2. Pauschalbudget für Forschung: Etwa 50 % dieses Budgets sollten durch staatliche Drittmittel (z.B. FWF, FFG) kompetitiv einwerbbar sein. Der Antragsprozess muss vereinfacht werden, um den Fokus auf die wissenschaftliche Qualität zu legen. Für klinische Studien schlagen wir einen eigenen Fördertopf vor, der die spezifischen Anforderungen dieser Forschungsbereiche abdeckt.
3. Kostenersatz für Lehre: Dieser richtet sich nach der Anzahl prüfungsaktiver Studierender. Hierbei wird die Aktivität durch Prüfungsantritte erfasst, wobei das Grundorientierungssemester (GOP) ausgenommen ist.
4. Echte Drittmittel: Es soll ein Anreizsystem geschaffen werden, das zusätzliche öffentliche Mittel bereitstellt, wenn Universitäten private Drittmittel einwerben. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Mittel nicht anteilig mit den öffentlichen Mitteln verrechnet werden, sondern einen echten Zusatznutzen darstellen.

Zur besseren Planbarkeit werden die Leistungsvereinbarungen für fünf Jahre abgeschlossen und stärker zur Steuerung herangezogen.

Finanzierungszusagen sollten an das Erreichen dieser Vereinbarungen gekoppelt sein, um einen nachhaltigen und zielgerichteten Mitteleinsatz sicherzustellen.

Die Personalpolitik an Universitäten sollte sich an den Prinzipien Transparenz, Planbarkeit und Fairness orientieren. Wesentliche Ziele sind die Förderung exzellenter Forschung und Lehre sowie die Schaffung nachhaltiger Karrieremöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftler.

Gefährlich ist der Trend zur Ausbeutung junger Forscher

durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse und mehrfach befristete Verträge. Eine Personalpolitik, die Anreize für Engagement und klare Aufstiegsperspektiven bietet, muss das Ziel sein.

Unser Karrieremodell für Universitäten basiert auf klaren Strukturen und planbaren Laufbahnen, um Unsicherheiten zu reduzieren und die wissenschaftliche Exzellenz zu fördern. Es ist uns wichtig, dass junge Wissenschaftler klare Perspektiven haben und nicht durch ausufernde befristete Verträge benachteiligt werden. Unser Vorschlag sieht folgende Regelungen vor:

- PostDoc-Verträge: Einmalig befristet auf vier Jahre, um den Forschenden ausreichend Zeit für ihre wissenschaftliche Entwicklung zu bieten.
- Tenure-Track-Positionen: Diese sind auf sechs Jahre befristet und bieten nach positiver Evaluierung eine unbefristete Anstellung. Dies gibt jungen Forscher

eine klare Perspektive und verhindert Unsicherheiten in der Karriereplanung.

- Senior Scientist: Diese Position ist unbefristet und stellt eine stabile Laufbahn für Forschende dar, die sich in der Wissenschaft etablieren wollen.
- Drittmittelangestellte: Unbefristete Verträge bis zum

Ende der Drittmittelfinanzierung, wobei eine einmalige Befristung möglich ist. Um Sicherheit zu bieten, wird ein zusätzlicher Kündigungsgrund eingeführt: das „Ende der Drittmittelfinanzierung“, allerdings mit einer verlängerten Kündigungsfrist, um den Übergang für die betroffenen Personen zu erleichtern.

Dieses Modell schafft Planbarkeit und fördert gleichzeitig Exzellenz, indem klare Ziele gesetzt und Nachwuchsforscher nicht ausgebeutet werden.

## **5 Finanzierung**

---

### **5 a-d)**

Eine klare Trennung und Gewichtung der Finanzierungsströme ist notwendig. Wir befürworten eine Basisfinanzierung, die Planungssicherheit und eine solide Infrastruktur gewährleistet. Gleichzeitig soll etwa die Hälfte des Forschungsbudgets über „staatliche Drittmittel“ über kompetitive Vergabe durch Förderagenturen wie den FWF oder die FFG bereitgestellt werden. Diese „staatlichen Drittmittel“ ermöglichen es, exzellente und innovative Projekte gezielt zu fördern, wobei die Antragsverfahren vereinfacht und auf das Fachliche fokussiert werden sollten, um die Effizienz zu steigern. Es ist wichtig, dass diese kompetitiv eingeworbenen Mittel eine zentrale Rolle in der universitären Forschung spielen, da sie den Wettbewerb und die Qualität der Forschung fördern.

„Echte Drittmittel“, also privat eingeworbene Gelder, sollten durch ein Anreizsystem gestärkt werden, das zusätzliche öffentliche Gelder bereitstellt, ohne dass sich die öffentliche Förderung anteilig reduziert. So bleibt ein echter Mehrwert erhalten und private Drittmittel werden attraktiver.

## **6 Internationalisierung**

---

### **6 a-f)**

Die Internationalisierung der österreichischen Universitäten ist grundsätzlich positiv zu bewerten, da sie den wissenschaftlichen Austausch und die Kooperation mit anderen Ländern fördert. Wichtig ist jedoch, dass die Qualität der Kooperationen im Vordergrund steht und nicht bloß Zahlen wie Incoming- und Outgoing-Statistiken als Maßstab verwendet werden. Eine gelungene Internationalisierung sollte darauf abzielen, dass sowohl österreichische Wissenschaftler im Ausland wertvolle Erfahrungen sammeln, als auch internationale Forschende nach Österreich kommen und langfristig bleiben. Dabei dürfen regionale Forschungsschwerpunkte und nationale Expertise nicht vernachlässigt werden.

Der derzeitige Fokus auf das Anwerben internationalen Personals über Quoten und Rankingkriterien führt zu Fehlentwicklungen. Es ist entscheidend, dass die Auswahlprozesse auf der wissenschaftlichen Qualität basieren und nicht auf Quoten oder Kennzahlen. Eine gezielte Förderung österreichischer Wissenschaftler und ihrer Rückkehr nach Auslandserfahrungen muss Vorrang haben. Zudem sollte auf regionale Forschungsfelder wie österreichische Kultur und Politik mehr Wert gelegt werden, um den langfristigen Erhalt dieser Wissensgebiete zu sichern.

## **7 Autonomie und Management, Partizipation und Kontrolle**

---

### **7 a-f)**

Das Universitätsgesetz 2002 (UG 2002) war ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Autonomie für Österreichs Universitäten und hätte ein europäisches Vorzeigeprojekt werden können. Die Entlassung der Universitäten aus der staatlichen Hoheitsverwaltung schuf Raum für mehr

Eigenverantwortung, jedoch wurde die Umsetzung an vielen Stellen verwässert. Während einige Universitäten die neue Selbstverwaltung gut umgesetzt haben, tun sich andere schwer, schwierige Entscheidungen eigenständig zu treffen und greifen in Krisen nach wie vor auf das Ministerium zurück. Autonomie bedeutet aber auch Verantwortung, und genau hier besteht an vielen Universitäten Nachholbedarf. Ein Rückschritt zu einem stark bestimmenden Ministerium lehnen wir ab. Der Weg sollte über transparente Finanzierungsmodelle und konsequente Leistungsvereinbarungen führen, die auch klare Konsequenzen für nicht erfüllte Ziele mit sich bringen.

Das Problemfeld des eingeschränkten Zugangs zu digitalen Ressourcen gehört dringend gelöst, muss jedoch gesamthaft über alle öffentlichen, mit Steuergeldern finanzierten Bibliotheken betrachtet werden, nicht nur auf Universitätsebene. Eine nationale Strategie, die alle öffentlich finanzierten Bibliotheken einbezieht, könnte dabei helfen, eine gerechtere und breitere Verfügbarkeit sicherzustellen.

Stärkere Kooperationen und nationale Konsortien könnten den Verlagen gegenüber mehr Verhandlungsmacht schaffen und den Zugang für die Öffentlichkeit sichern.

## **8 Vorhaben in Regierungsverhandlungen und Legislaturperiode**

---

### **8a)**

Wir sind uns der enormen Bedeutung dieser Bereiche für die Zukunft unseres Landes bewusst. Sollte unsere Partei Regierungsverantwortung übernehmen, würden wir viel Energie und Ressourcen darauf verwenden, diese Politikfelder gezielt weiterzuentwickeln. Sie sind essenziell, um Österreich als Innovationsstandort zu stärken, die Bildungslandschaft zu modernisieren und eine zukunftsorientierte Forschung zu fördern.

### **8b)**

Wie Sie den bisherigen Antworten entnehmen können, messen wir den skizzierten Problemen der öffentlichen Universitäten einen hohen Stellenwert bei. Es ist jedoch essenziell, Bildungspolitik ganzheitlich zu betrachten und nicht nur auf öffentliche Universitäten zu fokussieren, obwohl sie zweifellos einen sehr wichtigen Platz im Gesamtsystem einnehmen. Wir sehen Bildung als einen kontinuierlichen Prozess, der vom Kindergarten bis hin zum Nobelpreisträger reicht. Jede Stufe ist entscheidend, um das Potenzial unserer Gesellschaft auszuschöpfen und das Allgemeinwohl langfristig zu fördern.

### **8c)**

Nachdem die bisherigen Fragen sehr umfassend waren und wir unsere Positionen ausführlich darlegen konnten, würden wir es an dieser Stelle dabei belassen. Sollten weitere Themen aufkommen, stehen wir selbstverständlich für zukünftige Diskussionen bereit.

### **8d)**

Grundsätzlich würden wir in Regierungs- oder Koalitionsverhandlungen alle bisher genannten Punkte und darüber hinaus weitere relevante Themen einbringen. Im Folgenden jedoch eine Auswahl von fünf besonders konkreten und prioritären Punkten:

#### **1. Neustrukturierung des Universitätsangebotes:**

Ein österreichischer Hochschulplan mit einem achtjährigen Planungshorizont, der alle zwei Jahre angepasst wird, soll den Ausbau des tertiären Bildungsbereiches regeln. Der Fachhochschulsektor

wird gestärkt, um die Universitäten zu entlasten, und es wird geprüft, neue Universitäten zu gründen, wie eine Kunstuniversität in Innsbruck oder eine pannonische Universität, um den regionalen Bildungszugang zu verbessern.

**2. Zeitgemäße Finanzierung:**

Ein neues Studienplatzfinanzierungsmodell sichert die Finanzierung der öffentlichen Universitäten. Es beinhaltet einen Sockelbetrag für Infrastruktur, Pauschalbudgets für Forschung und Lehre sowie Anreize zur Einwerbung von Drittmitteln. Studienbeiträge werden nach der Grundorientierungsphase eingeführt, wobei österreichische Studierende bei nachgewiesenem Studienerfolg eine teilweise Rückerstattung erhalten.

**3. Karrieremodelle:**

Klare und transparente Karrieremodelle für wissenschaftliches Personal sind essenziell. Ein befristetes PostDoc-Modell sowie Tenure-Track-Verträge schaffen Planungssicherheit für Nachwuchswissenschaftler. Drittmittelbeschäftigte sollen bis zum Ende der Drittmittelfinanzierung angestellt bleiben, um Kontinuität zu gewährleisten.

**4. Rückkehr zum Vollstudium:**

Universitäten sollen die Möglichkeit haben, aus dem Bologna-System auszusteigen und durchgängige Diplomstudiengänge anzubieten. Die Bachelorarbeit wird durch Seminararbeiten ersetzt, und Universitäten können autonom entscheiden, ob sie Masterarbeiten durch Abschlussprüfungen ersetzen.

Der Schwerpunkt liegt auf forschungsgeleiteter Lehre und der Stärkung von Grundlagenfächern.

**5. Bürokratieabbau:**

Eine „Entfesselung“ der Verwaltung ist notwendig. Dies bedeutet die Verschlinkung des Berichtswesens und die Reduzierung bürokratischer Hürden. Mehr Eigenverantwortung für die Fakultäten und Organisationseinheiten soll die Flexibilität und Entscheidungsfreiheit der Universitäten stärken. Eine Evaluierung der AQ-Austria soll die Qualitätssicherung vereinfachen und auf Vertrauen setzen, um die Eigenständigkeit der Universitäten zu fördern.

**8e)**

Nur den Bildungsbereich betrachtend, halten wir es für sinnvoll, alle Bildungsagenden in einer Hand zu bündeln, um eine kohärente Strategie zu gewährleisten. Die größere Herausforderung sehen wir jedoch im Forschungsbereich, wo die Verantwortung derzeit stark zersplittert ist.

Aus unserer Sicht sollten die Forschungsagenden stärker zusammengeführt werden. Ob dies in einem großen Ministerium vereint werden sollte, muss sorgfältig geprüft werden. Grundsätzlich befürworten wir eine solche Zusammenlegung, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das Ministerium von Personen geführt wird, die über die notwendige Kompetenz und Erfahrung verfügen, um diesen Bereich effizient zu leiten.

**8f)**

Wir sehen es als essenziell an, dass die Bildungspolitik, im umfassenden Sinne gesehen, aus der Verantwortung der ÖVP und/oder SPÖ befreit wird. Der derzeitige unbefriedigende Zustand unseres Bildungssystems ist maßgeblich durch diese Parteien mitverantwortet. Deshalb halten wir es für dringend notwendig, die Ressortverantwortung in freiheitliche Hände zu geben, um frischen Wind in die Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik zu bringen und eine echte Veränderung herbeizuführen. Wir sind sehr interessiert an der konkreten Mitgestaltung dieser Agenden und bereit, die Verantwortung in diesen Bereichen zu übernehmen.